

A1 Dem Hass entgegen treten - für wirksame Maßnahmen gegen die Übergriffe aus dem sogenannten "Querdenken"-Milieu!

Antragsteller*in: Sebastian Hansen (KV Würzburg-Land)

Tagesordnungspunkt: TOP 4 Anträge

1 Gleich mehrere bekannte Ärzt*innen, Anwält*innen und Publizist*innen haben sich
2 in den letzten Wochen aus der Öffentlichkeit zurückgezogen. Alle hatten zuvor
3 Drohungen aus dem verschwörungsideologischen Milieu erhalten. Ähnlich erging es
4 seit Sommer 2021 auch vielen anderen, die sich für eine evidenzbasierte Corona-
5 Politik aussprachen und sich gegen "Querdenken" positionierten, darunter auch
6 Journalist*innen und (Kommunal-)politiker*innen. Zum Teil kam es auch zu
7 gewalttätigen Übergriffen.

8 Unsere Solidarität gilt den Betroffenen doch diese Angriffe geschehen nicht im
9 luftleeren Raum, sondern gehen von einem sich immer weiter radikalisierenden
10 verschwörungsideologischen Milieu aus, das insbesondere in den Wintermonaten
11 2021/22 in der Lage war, zehntausende Menschen für eine demokratiefeindliche
12 Agenda auf die Straße zu bringen. Viele der auf den Demonstrationen und im Netz
13 geäußerten Parolen nehmen klaren Bezug auf klassische extrem rechte
14 Argumentationsmuster, insbesondere auf antisemitische Verschwörungserzählungen,
15 die dem klassischen Rechtsextremismus seit jeher inhärent sind. Gleichzeitig
16 nehmen antisemitische Vorfälle auch in Bayern deutlich zu: Die Recherche- und
17 Informationsstelle Antisemitismus Bayern (Rias Bayern) erfasste im vergangenen
18 Jahr 447 antisemitische Vorfälle - rund 82 Prozent mehr als im Vorjahr.

19 Dennoch werden diese Zusammenhänge von den bayerischen Sicherheitsbehörden noch
20 immer nicht erkannt, die Demonstrationen viel zu oft in einem vorgeblich
21 „bürgerlichen“ Milieu verortet und als unproblematisch eingestuft. Dabei zeigt
22 sich die Unfähigkeit der Sicherheitsbehörden, solche Bewegungen, ihre Aussagen
23 und Ziele phänomenbezogen zu bewerten und zu erkennen, dass
24 Demokratiefeindlichkeit und Antisemitismus auch in der sogenannten "bürgerlichen
25 Mitte" verbreitet sind.

26 Das muss sich ändern! BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Bayern fordern die bayerischen
27 Sicherheitsbehörden nachdrücklich auf, die antidemokratische und antisemitische
28 Ideologie der sogenannten „Querdenken“-Demonstrationen, sowie das
29 Gefahrenpotential, das von ihnen ausgeht, endlich ernst zu nehmen und den Umgang
30 mit dem Milieu entsprechend anzupassen. Noch immer werden Delikte, die im Netz
31 geschehen, nicht ausreichend in den Fokus genommen. Doch eine Morddrohung bleibt

32 eine Morddrohung, egal wo sie ausgesprochen oder niedergeschrieben wurde.
33 Polizist*innen müssen besser geschult werden, sodass Betroffene ernst genommen
34 werden, die Aufnahme von Anzeigen überall reibungslos funktioniert und die Opfer
35 der Bedrohungen bestmöglich über ihre Rechte und Möglichkeiten aufgeklärt werden
36 können. Darüber hinaus müssen die Sicherheitsbehörden auch präventiv tätig
37 werden und die einschlägigen, öffentlich zugänglichen Gruppen und Foren aktiver
38 verfolgen. Durch spezielle Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen zu
39 Verschwörungsideologien und Antisemitismus muss sichergestellt werden, dass
40 Beamte problematische Inhalte auch zuverlässig erkennen.

41 Gefährdet sind im Zusammenhang mit "Querdenken" insbesondere auch
42 Journalist*innen, die diese Demonstrationen begleiten. Ende 2021 berichteten
43 viele, vor allem freie Journalist*innen auf Twitter unter dem Hashtag
44 #ausgebranntePresse von verbalen und gewalttätigen Übergriffen, die sie im
45 Zusammenhang mit ihrer Arbeit erleiden mussten. Räumliche Schwerpunkte dieser
46 berichteten Übergriffe waren neben Sachsen auch Unterfranken und Niederbayern,
47 die allermeisten fanden im Zusammenhang mit „Querdenken“-Demonstrationen statt.
48 Zudem hat „Reporter ohne Grenzen“ Deutschland in ihrer Pressefreiheits-Rangliste
49 auf Platz 16 zurückgestuft. Als Grund wurde ebenfalls die zunehmende Gewalt
50 gegenüber Journalist*innen auf Demonstrationen genannt.

51 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Bayern verurteilen diese Entwicklung, denn die
52 Pressefreiheit ist konstituierend für unsere Demokratie. Unsere Gesellschaft
53 muss alles tun, um sie zu schützen. Doch das ist an einigen Stellen nicht der
54 Fall. Noch im Frühjahr behauptete zum Beispiel die unterfränkische Polizei,
55 Journalist*innen würden während des Demonstrationsgeschehens versuchen,
56 „Privilegien der Pressefreiheit zu missbrauchen“. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Bayern
57 verlangen von den bayerischen Sicherheitsbehörden wirksame Schutzkonzepte für
58 Journalist*innen auf und nach Demonstrationen, mit denen die Arbeit der
59 Pressevertreter*innen jederzeit vollumfänglich gewährleistet ist.

60 Ebenso gefährdet sind (Kommunal-)politiker*innen, die etwa Corona-Maßnahmen
61 umsetzen müssen oder sich gegen Rechtsextremismus und „Querdenken“
62 positionieren. Gleiches gilt für Angehörige von NGOs, die im Bereich
63 Demokratiebildung oder Engagement gegen Rechtsextremismus und Antisemitismus
64 tätig sind. So wurde beispielsweise im Frühjahr 2022 der Rhöner Landrat
65 Habermann vor seinem Wohnhaus bedroht und das Haus des Zweiten Bürgermeisters von
66 Simbach am Inn, Dr. Großwieser, mit rechtsextremen Parolen beschmiert. Die
67 Staatsregierung hat in der Vergangenheit immer wieder versucht, Übergriffe gegen
68 Kommunalpolitiker*innen stärker zu sanktionieren. Doch ob dies den
69 Sicherheitsbehörden gelingt, steht und fällt mit den Kräften vor Ort. Nur wenn
70 hier Bedrohungspotential erkannt und konsequent gehandelt wird, ist ein
71 wirksamer Schutz möglich.

72 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Bayern fordern deswegen eine bayernweite Sensibilisierung

73 der lokalen Polizeikräfte in Bezug auf Übergriffe auf (Kommunal-)politiker*innen
74 und mögliche Schutzkonzepte. Gerade weil Kommunalpolitiker*innen stets in engem
75 Kontakt mit den Menschen in ihren Kommunen stehen (müssen) und deswegen
76 Übergriffe fast immer auch ihren engsten Lebensbereich betreffen, müssen
77 Maßnahmen im Zweifelsfall äußerst zügig getroffen und die Strafverfolgung der
78 Täter*innen priorisiert und konsequent umgesetzt werden.

79 Eine weitere Gruppe, die zuletzt verstärkt aus dem verschwörungsideologischen
80 Milieu ins Visier genommen wurde, sind Ärzt*innen, insbesondere solche, die
81 Impfungen empfohlen und durchgeführt haben. Oft sind das engagierte Haus- und
82 Landärzt*innen, die wir so dringend für eine funktionierende medizinische
83 Versorgung brauchen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Bayern solidarisieren sich mit den
84 Betroffenen! Ärztliche Praxen sind ein Schutzraum für die Patient*innen,
85 weswegen unter solchen Übergriffen und Drohungen auch die Patient*innen leiden.
86 Die Sicherheitsbehörden müssen deswegen Drohungen ernst nehmen, gemeinsam mit
87 der betroffenen Praxis ein Schutzkonzept ausarbeiten und dieses umsetzen. Auch
88 hier ist es notwendig, die Täter*innen zügig ausfindig zu machen, um so die
89 Bedrohungslage zu beenden.

90 Während sich bereits seit 1945 eine blutige Spur antisemitischen Terrors durch
91 die Bundesrepublik zieht, nehmen in den letzten Jahren auch in Bayern
92 antisemitische Vorfälle unter anderem durch die von "Querdenken" im Netz wie auf
93 Demonstrationen verbreitete verschwörungsideologische, antisemitische Hetze
94 massiv zu. Die Bedrohungslage für Jüdinnen*Juden sowie die jüdischen Gemeinden
95 in Bayern ist massiv. Es ist unsere Pflicht, gegen jeden Antisemitismus
96 vorzugehen und dafür zu sorgen, dass Jüdinnen*Juden hier sicher leben können.

97 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Bayern fordern mehr Sensibilisierung von Polizei, Justiz
98 und Lehrkräften gegenüber Antisemitismus, mehr Antisemitismusprävention im
99 bayerischen Bildungssystem, umfassende und ausfinanzierte Sicherheitskonzepte
100 für jüdische Einrichtungen sowie institutionelle finanzielle Unterstützung für
101 Organisationen wie RIAS Bayern, die antisemitische Vorfälle auch unterhalb der
102 Strafbarkeitsgrenze erfassen sowie Betroffene betreuen und beraten.

103 Wichtig für alle Betroffenen verbaler wie physischer Gewalt ist neben der akuten
104 Sicherstellung ihrer Unversehrtheit auch eine psychosoziale Unterstützung durch
105 staatliche Stellen. Viele, gerade auch diejenigen, die in ihrem Beruf
106 angegriffen werden, verzweifeln an der Situation. Wir dürfen sie nicht alleine
107 lassen! Das gilt auch für die Kosten, die der Rechtsweg mit sich bringt.

108 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Bayern fordern deswegen einen Rechtshilfefonds, der die
109 Opfer der Übergriffe bei Gerichts- und Anwaltskosten finanziell unterstützt,
110 sofern das notwendig ist.

111 Klar ist aber auch, dass nicht nur Staat und Sicherheitsbehörden im Umgang mit

112 verschwörungsideologischen und demokratiefeindlichen Umtrieben gefragt sind,
113 sondern ganz besonders die Zivilgesellschaft. Im kommenden Winter könnten
114 angesichts steigender Corona-Zahlen, der Desinformation des russischen Regimes
115 und einer sich möglicherweise zuspitzenden Energiekrise mehrere Faktoren
116 zusammenkommen, die die Agitation des extrem rechten Milieus begünstigen und wie
117 im vergangenen Winter zu einem größeren Demonstrationsgeschehen führen könnten.
118 In diesem Moment ist eine starke Reaktion derjenigen gefragt, die zu unserer
119 Demokratie stehen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Bayern unterstützen deswegen
120 Gegendemonstrationen gegen „Querdenken“ und fordern alle Demokrat*innen auf,
121 sich daran zu beteiligen, sobald es wieder zu großen Demonstrationen des
122 verschwörungsideologischen Milieus kommt. Dieser Gegenprotest ist für unsere
123 Demokratie enorm wichtig, weswegen er durch die Sicherheitsbehörden nicht
124 kriminalisiert werden darf, so wie das im vergangenen Winter an einigen Stellen
125 geschehen ist.

126 Nur mit einem gemeinsamen, starken Zeichen der Zivilgesellschaft, einem
127 konsequenten Vorgehen der Sicherheitsbehörden gegen die Täter*innen aus dem
128 „Querdenken“-Milieu, dem wirksamen Schutz der Betroffenen und zuverlässigem
129 Monitoring können wir unsere Demokratie vor den Angriffen, denen sie immer
130 wieder ausgesetzt ist, schützen.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Unterstützer*innen

Marlene Schönberger (KV Landshut-Land), Benedikt Mader (KV Erlangen-Stadt), Maximilian Hirschberger (KV Würzburg-Stadt), Theresa Eberlein (KV Regensburg-Stadt), Stefan Christoph (KV Regensburg-Stadt), Hannes Rosenitsch (KV Würzburg-Stadt), Antonia Heil (KV Rosenheim), Victoria Broßart (KV Rosenheim), Simon Schweizer (KV München), Ralf Zeier (KV Würzburg-Land), Frank Emmert (KV Würzburg-Land), Hannah Oschmann (KV Würzburg-Stadt), Joel Keilhauer (KV München), Mirjam Körner (KV Bayreuth-Stadt), Leon Eckert (KV Freising), Maximilian Retzer (KV Landshut-Land), Benjamin Maier (KV München), Sarah Gorke (KV Würzburg-Stadt), Matthias Ernst (KV Straubing-Bogen), Simon Wagner (KV Würzburg-Land), Sabine Härter (KV Würzburg-Land), Lukas Richter (KV Würzburg-Stadt), Stefan Schmidt (KV Regensburg-Stadt), Marius Schlosser (KV Bad Tölz-Wolfratshausen), Anton Speierl (KV Dachau), Eva-Maria Hübner (KV Dachau), Dirk Simon (KV Aschaffenburg-Stadt), Dardan Kolic (KV München), Lilli Grosch (KV Würzburg-Stadt), Maria Wißmiller (KV München), Ami Lanzinger (KV Erding), Sabine Bock (KV Freising), Arian Kunze (KV Ebersberg), Gina Merkl (KV Fürstenfeldbruck), Joachim Schneider (KV Miltenberg), Karin Scherer (KV Erlangen-Land),

Florian Dietrich (KV München-Land), Rita Petra Keller (KV Augsburg-Stadt), Angela Isop (KV Kempten), Wolfgang Meyer-Müller (KV Kempten), Elli Wolf (KV Amberg-Sulzbach), Cornelia Bethge (KV Rottal-Inn), Marie-Christine Scholz (KV Regensburg-Stadt), Marion Lüttig (BV KPV Bayern), Florina Vilgertshofer (KV München), Clara Nitsche (BV Grüne Jugend), Tim-Luca Rosenheimer (BV Grüne Jugend), Andreas Künneth (KV Hof), Georg Koch (KV München), Helena Kontny (KV Würzburg-Stadt), Veronika Reisner (KV Rottal-Inn), Constantin Jahn (KV München), Andreas Hauner (KV Freising), Armin Beck (KV Main-Spessart)